



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 16.12.2024

Niederschrift

22. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie und Umwelt vom 31.10.2024

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Alexander Kreß

Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Jochen Ohl

Ausschussmitglied

Herr Karl Friedrich Emmerich

Herr Alwin Kreher

Herr Dirk Mühlhahn

Herr Stefan Novak

Herr Dieter Ohl

Herr Holger Schütz

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Annette Huber

Bürgermeister

Herr Bürgermeister René Kirch

Magistrat

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Brunst

Seniorenbeirat

Herr Bernhard Sutor

Verwaltung

Herr Björn Mattheß

Schriftführer

Herr Christoph Schnürer

Nicht anwesend:

Ausschussmitglied

Herr Michael Engels

Entschuldigt

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:20 Uhr

Tagesordnung:

22. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie und Umwelt am 31.10.2024

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2024
3. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
4. Mitteilungen des Magistrates
5. Vorstellung Klimaanpassungskonzept - Maßnahmen für Wetterextreme
6. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 17 und § 20 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrwG) sowie § 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) hinsichtlich der Entsorgung von Klärschlamm
Vorlage: 250/0075/2024
7. Mitteilungen und Anfragen

Zu TOP 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzender Herr Kreß eröffnet um 20:00 Uhr die 22. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Energie und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2024

Die Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2024 wurde ohne Einwände genehmigt.

Zu TOP 3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Das Klimaanpassungskonzept wurde in der Presse veröffentlicht. Falls Rückfragen bestehen, sollen diese vollumfänglich beantwortet werden. Es wurde angeregt, ob ein ständiger Punkt zum Klimaschutz in Groß-Umstadt zur Tagesordnung hinzugeführt werden soll, wo grob Themen zum Klimaschutz erwähnt werden. Bürgermeister René Kirch äußert Bedenken, dass dies zusätzlicher Aufwand für die Verwaltung wäre, aber bei Bedarf es trotzdem umgesetzt werden kann. Dieses Thema soll bei Punkt 7, Mitteilungen und Anfragen noch einmal ausführlich besprochen werden.

Zu TOP 4 Mitteilungen des Magistrates

Groß-Umstadt wurde für die Förderung des Waldmanagement aufgenommen. Es läuft eine Ausschreibung der Konzession für das Strom- und Gasnetz. In der Ausschreibung ist die Energielieferung nicht mit inbegriffen. Es gibt keinen neuen Sachstand für erneuerbare Energien. Der Stand der Photovoltaikanlagen in Wiebelsbach bleibt bis heute unverändert und die Anträge hierfür sind in Vorbereitung. Es wird die energetische Fenstersanierung in der Seniorenwohnanlage angegangen. Des Weiteren wurde über die Zukunft der AGGL (Arbeitsgemeinschaft Gewässerschutz und Landwirtschaft) informiert.

Es wurde erwähnt, dass man die AGGL auf sichere Beine stellen möchte und genauere Infos zeitnah folgen. Bürgermeister Kirch stellt Herrn Schnürer von der Abteilung 250, Wasserversorgung und Abwasserreinigung als neuen Schriftführer vor.

Zu TOP 5 Vorstellung Klimaanpassungskonzept - Maßnahmen für Wetterextreme

Es sollen Maßnahmen für Wetterextreme getroffen werden. Hierbei sollen die Folgen von Sturm, Böen, Hitze, Nässe und Austrocknungen näher betrachtet werden. Es muss in Zukunft gezielter darauf geachtet werden. Beispiele hierzu sollen gesammelt werden.

Herr Schütz berichtet, dass der Weinbau extrem beeinträchtigt ist. Der späte Frost würde die früh austreibenden Pflanzen beschädigen und durch die durchgehende Nässe ist erhöhte Pilzgefahr. Dieses Jahr wäre das schlimmste Jahr was Frost und Pilz angeht.

Herr Kirch erläutert, dass gezielter mit den Abteilungen, Förstern und Politik auf die Wetterextreme reagiert werden müsse.

Herr Kreß berichtet, dass in Groß-Umstadt schon verschiedene Baumarten gepflanzt wurden um darauf zu achten, wie diese mit der Veränderung des Klimas in Groß-Umstadt umgehen.

Frau Huber stimmt der Aussage von Herrn Kreß zu

Ein Hitzeschutzkonzept sollte vorhanden sein was besagt, welche Maßnahmen bei welchen Wetterextremen getroffen werden sollen.

Frau Bernauer (Presse) fragt, ob es hierfür ein Notfalltelefon gäbe, was laut Herr Kirch noch nicht vorhanden sei.

Herr Kreß fragt nach einem Workshop für das Klimaschutzkonzept. Hier ist die Verwaltung schon für eine Terminfindung beauftragt. Dort soll gemeinsam das Klimaschutzkonzept überarbeitet und verbessert werden.

Es bestehen keine weiteren Einwendungen oder Fragen.

Zu TOP 6 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 17 und § 20 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrwG) sowie § 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) hinsichtlich der Entsorgung von Klärschlamm
Vorlage: 250/0075/2024

Herr Kirch leitet dieses Thema kurz ein und teilt mit, dass sich im Sommer intensiv mit der Variantenbetrachtung der zukünftigen Klärschlamm Entsorgung beschäftigt wurde und es darauf hinausläuft den Klärschlamm bei der ZAS (Zweckverband Abfallverwertung Südhessen) zu entsorgen. Es sollten hierzu auch Alternativen geprüft werden. Es stellte sich heraus, dass die ZAS die beste Variante sei und die anderen Alternativen ausscheiden. Hierzu könnte nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Kreistag im Dezember seine finale Zustimmung erteilen

Herr Mattheß beginnt mit dem Vortrag zur Beschlussvorlage und weist hierbei auf die Variantenbetrachtung der zukünftigen Klärschlamm Entsorgung der Abwasserreinigung Groß-Umstadt hin. Hierzu wird noch hinzugefügt, dass interkommunale Zusammenarbeit wichtig ist und diese in Groß-Umstadt schon intensiv gelebt wird.

Rückfragen zu dieser Thematik.

Herr Schütz fragt, ob der aus regionalem Klärschlamm gewonnene Phosphor eine Zulassung gemäß Düngemittelverordnung hat, Herr Mattheß bejaht dies. Es soll ebenfalls sichergestellt werden, dass der Phosphor regional vermarktet wird und somit nachhaltig in der Region eingesetzt wird. Die Kreise sollen hier so eng wie möglich gehalten werden.

Herr Mattheß informiert, dass der aus der Klärschlammasche gewonnene Phosphor in Form von Pulver/Granulat regional vermarktet werden soll. Erst der Überschuss wird weiterverkauft und die Erträge werden sich kostenmindernd auf die Klärschlammentsorgung auswirken.

Herr Emmerich schlägt vor, die regionale Vermarktung vertraglich zu regeln.

Der Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Landkreis, zur Entsorgung des Klärschlammes über die ZAS muss wortgleich sein, so Herr Kirch und Herr Mattheß. Der Aussage der ZAS, dass der gewonnene Phosphor regional vermarktet wird muss man glauben, immerhin strebt man eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe an. Die ZAS-Mitglieder haben hierauf auch eingegriffen.

Herr Kirch ergänzt, dass die Dinge nicht vollumfänglich beschlossen werden können, wegen auch der langen Planungsphase von der ZAS und dass keine genaue Kalkulation möglich sei.

Herr Kreher fragt ob es eine Feststellung der Preisabgabe gibt.

Herr Mattheß erläutert, dass eine Preisspanne zwischen 85 €/t und 105 €/t besteht, aber hier keine langfristige Zukunftsprognose möglich ist, da z.B. Transportkosten- und Energiekosten steigen können, sodass sich dieser Preis danach anpasst. Wenn die Kosten bei Transport oder Energie steigen, steigen diese auch bei allen anderen Klärschlammentsorgern, laut Herr Mattheß. Die Entsorgung über die ZAS hat aktuell keine negativen Auswirkungen auf den Abwasserpreis.

Herr Kreher gibt zu bedenken, dass die Stadt Groß-Umstadt ein besonderes Kündigungsrecht braucht.

Herr Kirch erläutert, dass wir keinen Auftrag abschließen, sondern eine Kooperation in Form einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Herr Kreher fragt nach, wie die Gesellschaftsform der ZAS sei und wie der Vorstand aufgestellt ist.

Herr Mattheß informiert, dass die ZAS ein Zweckverband ist. Der Träger der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sei der Landkreis Darmstadt-Dieburg. Der Vorstand ist geregelt und verweist hierbei auf die Beschlussvorlage, wo dies genauesten beschrieben sei.

Herr Kreß geht nach keinen weiteren Fragen weiter zu der Abstimmung, hierfür liest er erneut die Beschlussvorlage vor.

Es wird abgestimmt und es ergibt sich ein eindeutiges Ergebnis von 8/8 Stimmen für den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Beschlussvorschlag:

Zwischen der Stadt Groß-Umstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg wird die als Anlage 2 (Anlage 2_ö-r-v-Klärschlamm Entsorgung) beigefügte öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 17 und § 20 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrwG) sowie § 1 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) hinsichtlich der Entsorgung von Klärschlamm abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmige Empfehlung

Zu TOP 7 **Mitteilungen und Anfragen**

Herr Kreß fragt, ob es einen ständigen Tagesordnungspunkt für Informationen zum Klimaschutz geben soll.

Herr Schütz sieht hierbei die Gefahr, dass dann ein zu hoher Anspruch hierbei entsteht und es dabei belassen sollte, dass Herr Kirch den Ausschuss selbstständig mit den wichtigen Themen informiert.

Herr Ohl gibt zu bedenken, dass keine zusätzlichen Aufgaben wegen der vorherrschenden, hohen Auslastung der Verwaltung entstehen sollten. Herr Kirch soll selbstständig über die wichtigsten Themen berichten.

Herr Emmerich trägt bei, dass ein Klimaschutzmanager eingestellt werden soll. Ebenso ist ihm aufgefallen, dass keine Maßnahmen zum Klimaschutz ausgewiesen wurden. Ein Wunsch von ihm wäre genau zu sehen, welche Investitionen die Stadt in den Klimaschutz tätigt, da wenn dies auf alle Abteilungen umgelegt wird, man keinen Fortschritt sieht. Man braucht eine klare Zuteilung von den Aufgaben.

Herr Kirch stimmt diesem Punkt zu und informiert, dass die Aufgaben auf die einzelnen Abteilungen übertragen werden. Hierzu gibt es schon eine Vorlage. Es liegt ein Bericht vor, in dem aufgezeigt wird, dass alle Maßnahmen zum Klimaschutz in Projekten umgesetzt werden. Der Klimaschutz soll automatisch in den Projekten mitberücksichtigt werden.

Herr Emmerich fordert mehr Transparenz was den Klimaschutz angeht.

Herr Kirch möchte diesen Wunsch erfüllen.

Frau Huber würde den neuen Tagesordnungspunkt begrüßen, in dem eine kurze Zusammenfassung/Sensibilisierung stattfindet und bittet darum.

Herr Kreß schlägt eine viertel oder halbjährliche Berichtserstattung vor, indem der Tagesordnungspunkt bei dem Ausschuss angefügt wird. Dies soll in dem Klimaschutz Workshop beschlossen werden.

Danach gab es keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kreß bedankte sich bei allen Anwesenden und beendet die Sitzung um 21:20 Uhr.

Alexander Kreß
Ausschussvorsitzender

Christoph Schnürer
Schriftführung